Öko-Steuer für die AHV-Kasse

Die Grünen wollten mit einer Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien und Elektrizität das Rentenalter der Männer senken. Der Bundesrat macht da nicht mit.

Der Bundesrat ist für Ökosteuern zu haben, sofern sie den Sozialversicherungen nützen. Ob das Parlament mitspielt, ist ungewiss.

Von **Walter Niederberger, Bern**

Was leicht vergessen geht: Der Bundesrat wollte schon vor zehn Jahren den Grundstein zur ökologischen Steuerreform legen. Er präsentierte 1988 den Entwurf für eine allgemeine Energieabgabe, in der Absicht, drohende Ausfälle bei der Warenumsatzsteuer auszugleichen. Ohne inhaltliche Debatte kippte jedoch das Parlament dieses Projekt aus dem Regierungsprogramm und nahm dem damaligen Finanzminister Otto Stich den Mumm, es in der gleichen Sache später noch einmal zu versuchen.

Gegen tieferes Rentenalter

Die Initiative der Grünen Partei «Für eine gesicherte AHV – Arbeit statt Energie besteuern» brachte den Bundesrat wieder in Zugzwang. Nicht erneuerbare Energien und die Elektrizität sollen so besteuert werden, dass damit das Rentenalter 62 für die Männer finanziert und Lohnnebenkosten substantiell gesenkt werden können. Doch der Bundesrat ist mit dem Begehren in doppelter Hinsicht nicht einverstanden: Er lehnt ein tieferes Rentenalter strikt ab und bestätigte diesen Grundsatzentscheid in Anbetracht der Finanzierungslücken der AHV am Montag ausdrücklich.

Und wie schon 1988 will er die ökologische Steuerreform dazu nutzen, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Die von der Wirtschaft und der Lehre geforderte «Aufkommensneutralität» lehnt er strikt ab. Ökosteuern sollen also nicht für bessere Leistungen der Sozialwerke oder eine Reduktion der Versicherungsbeiträge verwendet werden, sondern zum Stopfen von Finanzlöchern. Eine Energiesteuer entfalte auch dann eine günstige Lenkungswirkung, wenn ihr Ertrag nicht zurückerstattet werde, argumentiert der Finanzminister. Gestern schon musste er dafür Hiebe einstecken. Der Nationalrat überwies mit 116 zu 26 Stimmen eine Motion, die den ökologischen Umbau verlangt, aber nur dann, wenn der Faktor Arbeit entlastet wird. Namentlich die FDP und etwas vorsichtiger auch die CVP machten ihre weitere Unterstützung von dieser Bedingung abhängig.

Zwar steht noch nicht fest, mit welchen Steinen die Reform gebaut wird. Die Finanzverwaltung geht von der Idee einer allgemeinen Energieabgabe aus, die Strom, Kohle, Gas und Erdöl belasten würde. Vizedirektor Kurt Grüter schliesst nicht aus, dass energieintensive Firmen, beispielweise Papier-, Zement- oder Aluminiumfirmen, in der Übergangsphase von Vorzugsbedingungen profitieren könnten. Isolierte Ökosteuern lehnt der Bundesrat ab. Dies gilt für den Solarrappen ebenso wie für die vom Nationalrat beschlossene Lenkungsabgabe auf extraleichtem Heizöl. Die Co2-Abgabe soll nur erhoben werden, wenn es der Wirtschaft nicht selber gelingt, die Emissionen um mindestens zehn Prozent zu reduzieren.

Der Bundesrat hat die Idee eines Gegenvorschlags erwogen, aber schliesslich verworfen. Ein indirekter Gegenvorschlag hätte zu wenig Spielraum eröffnet. Mit einer Gesetzesrevision lassen sich nur Abgaben einführen, die strikten Umweltzwecken dienen. Ein direkter Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe kam für den Finanzminister aus zeitlichen Gründen nicht mehr in Frage. Weil das Geschäft ein Jahr liegengeblieben war, standen nur noch wenige Monate für die Vorbereitung einer Verfassungsänderung zur Verfügung. Villiger sicherte jedoch zu, er werde mit der Botschaft zur Initiative einen verbindlichen Fahrplan für die Steuerreform vorlegen. Für vertiefte Abklärungen sprachen zudem Erfahrungen mit früheren Finanzordnungen: Meist musste der Bundesrat zweimal Anlauf nehmen, bevor das Volk neue Steuern goutierte. «Das Volk will keine Blankovollmachten ausstellen, umso weniger als auch das ganze Volk von der Energiebesteuerung betroffen ist», so Villiger.

Villiger warnte zugleich vor Illusionen: Mit einem Lohnprozent werden zurzeit Sozialleistungen von 2,2 Milliarden Franken finanziert. Dies entspricht etwa 1,2 Mehrwertsteuerprozent. Soll nur schon dieses geringe Volumen ersetzt werden, braucht es eine umfassende Co2-Abgabe.

> «Wir werden den Kampf bei soviel Konzeptlosigkeit gewinnen.»
>
> RUEDI BAUMANN, PRÄSIDENT GPS

Scharfe Kritik

Ungehalten reagierte die Grüne Partei auf den Entscheid des Bundesrates: Das Vorgehen laufe auf einen Etikettenschwindel hinaus. Der Regierung gehe es nicht um eine ökologische Steuerreform, sondern um die Beschaffung neuer Staatsfinanzen. «Wir werden den Abstimmungskampf mit Freude führen und bei soviel Konzeptlosigkeit auch gewinnen», teilte Parteipräsident Ruedi Baumann mit.